

Gerechtigkeit

# Ungleichheit ohne Grenzen

Von Ulrich Beck

## Wer absteigt und wer aufsteigt im Zeitalter von Globalisierung und Klimawandel

*Seit drei Jahrzehnten beschäftigt sich der Soziologe Ulrich Beck mit den Veränderungen moderner Gesellschaften. Früh dachte er über die Folgen der Globalisierung nach. Auf seinen Klassiker »Die Risiko- gesellschaft« (1986) folgte im vergangenen Jahr »Die Weltrisikogesellschaft«. Nun beschreibt der 64-Jährige die Folgen des Klimawandels und der Globalisierung für unseren Begriff von Gleichheit*

Immer mehr Kinder in Deutschland wachsen in Armut auf. Millionen von Menschen aus den Armutsregionen der Welt riskieren ihr Leben, um am vermuteten Reichtum westlicher Länder teilzuhaben. In Europa wie den USA, aber auch in China, Brasilien, Russland und Indien öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich. Derartigen Nachrichten liegt ein bestimmtes Weltbild der Ungleichheit unter den Menschen zugrunde, das im Übergang zur modernen Gesellschaft entstanden ist und das nun, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, im Zeitalter von Globalisierung und Klimawandel, in seinen Grundfesten erschüttert wird.

Die vormoderne Gesellschaftsordnung stand und fiel mit der Annahme, dass die Menschen von Natur ungleichwertig seien und dass der Ursprung der sozialen Ungleichheit in Gottes Willen zu suchen sei. Mit der aufklärerisch-revolutionären Forderung der Gleichheit aller Menschen zerbrach dieses Weltbild. Wenn die Menschen von Natur nicht ungleich, sondern gleich sind, dann unterliegt die soziale Ungleichheit dem Wandel, dann können die Privilegierten von heute die Ausgestoßenen von morgen sein. Und politisch heißt dies: Alle Ungleichheiten sind prinzipiell veränderbar und rechtfertigungspflichtig.

Allerdings erfuhr und erfährt dieses Prinzip seit dem 18. Jahrhundert seine Anwendung in der Realität Europas und der USA immer nur innerhalb klarer Grenzen und mit charakteristischen Auslassungen. Alle Menschen sind gleich – aber diese Gleichheit gilt nicht für Schwarze, Juden und Frauen, und sie endet vor allem an den Grenzen des Nationalstaates. Entsprechend mögen die sozialen Ungleichheiten jenseits des nationalen Gartenzaunes blühen und gedeihen, das ist Anlass für moralische Empörung, bleibt aber politisch irrelevant. Schließlich existiert auch eine klare Grenze zwischen Gesellschaft und Natur, und damit zwischen sozialer und natürlicher Ungleichheit. Jene bedarf der politischen Rechtfertigung, diese nicht.

Alle diese Prämissen werden heute fragwürdig. Die Überlagerung, man könnte auch sagen: der Zusammenprall wachsender globaler Gleichheitserwartungen (Menschenrechte) und wachsender globaler und nationaler Ungleichheiten einerseits mit den radikal ungleichen Folgen des Klimawandels und Ressourcenverbrauchs andererseits kann schon bald dieses ganze Prämissengehäuse nationalstaatlich eingrenzbarer Ungleichheit hinwegfegen wie der Hurrikan Katrina die Armenhäuser von New Orleans.

Wir erleben erneut einen epochalen Wandel der Welt- und Gesellschaftsordnung, der jedoch gerade erst im öffentlichen Bewusstsein ankommt. Diesen Wandel möchte ich mit vier Thesen beschreiben.

## 1. Soziale Gleichheit wird zu einer weltweiten Erwartung

Zum Problem, zum Konfliktstoff werden soziale Ungleichheiten nicht, weil die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, sondern dann und nur dann, wenn anerkannte Gleichheitsnormen und Gleichheitserwartungen – Menschenrechte – sich ausbreiten. Wer die politische Wirksamkeit sozialer Ungleichheiten verstehen will, muss nach der Geschichte der sozialen Gleichheit fragen.

Es muss also klar zwischen der Realität sozialer Ungleichheit und dem politischen Problem sozialer Ungleichheit unterschieden werden. Zum politischen Skandal werden soziale Ungleichheiten also erst historisch relativ spät und dann zunächst in einem charakteristischen Widerspruch: Alle Menschen sind zugleich gleich und nicht gleich entlang nationaler Grenzen. In diesem Sinne wirken nationale Grenzen als Wasserscheiden der Wahrnehmung: Sie machen soziale Ungleichheiten zum Politikum – nach innen – und produzieren, stabilisieren, legitimieren sie zugleich – nach außen. Unter welchen Bedingungen wird dieses Weltbild brüchig?

Brutale Ironie: Die Ungleichheit zwischen Armen und Reichen in der Weltgesellschaft nimmt die Form eines Champagnerglases an. Die 900 Millionen Menschen, privilegiert durch die Gnade der westlichen Geburt, verbrauchen 86 Prozent des Weltkonsums, 58 Prozent der Weltenergie und verfügen über 79 Prozent des Welteinkommens. Das ärmste Fünftel, 1,2 Milliarden der Weltbevölkerung, verbraucht 1,3 Prozent des globalen Konsums, 4 Prozent der Energie und verfügt über 1,5 Prozent aller Telefonverbindungen. Leicht erklärlich ist, warum sich die Reichen in ihrem Wohlstand sonnen. Wie aber ist es möglich, dass dies von den beherrschten Armen hingenommen wird? Dem Fünftel der Weltbevölkerung, dem es am schlechtesten geht (diese Menschen haben zusammen weniger Geld als der reichste Mensch der Welt), mangelt es an allem: Nahrungsmittel, sauberem Trinkwasser und einem Dach über dem Kopf. Was eigentlich macht diese *globale* Ungleichheitsordnung legitim und stabil?

Meine Antwort lautet: Das Leistungsprinzip legitimiert *nationale* Ungleichheit, das Nationalstaatsprinzip legitimiert *globale* Ungleichheit.

Nationale Grenzen trennen scharf zwischen politisch relevanter und irrelevanter Ungleichheit. Ungleichheiten innerhalb nationaler Gesellschaften werden in der Wahrnehmung enorm vergrößert; gleichzeitig werden Ungleichheiten zwischen nationalen Gesellschaften ausgeblendet. Die »Legitimation« globaler Ungleichheiten beruht also auf institutionalisiertem Wegsehen. Der nationale Blick »befreit« vom Blick auf das Elend der Welt.

Die Ungleichheiten zwischen Ländern, Regionen und Staaten gelten als politisch unvergleichbar. Selbst massive Einkommensunterschiede zwischen Personen gleicher Qualifikation, aber unterschiedlicher Staatsangehörigkeit gewinnen erst politische Brisanz innerhalb eines Wahrnehmungshorizontes sozialer Gleichheit. Also wenn die Personen derselben Nation oder dem Staatenbund der EU angehören oder in demselben Konzern, wenn auch in unterschiedlichen nationalen Zweigniederlassungen beschäftigt sind.

Genau das aber ist, was der nationale Blick ausblendet: Je mehr Gleichheitsnormen sich weltweit ausbreiten, desto schwieriger und fragwürdiger wird das Wegsehen. Die reichen Demokratien tragen die Fahne der Menschenrechte in die letzten Winkel der Erde, ohne zu bemerken, dass sie auf diese Weise den nationalen Grenzbefestigungen, mit denen sie die Migrantenströme abwehren wollen, die Legitimationsgrundlage entziehen. Viele Migranten nehmen die verkündete Gleichheit als Menschenrecht auf Mobilität ernst und treffen auf Länder und Staaten, die die Norm der Gleichheit an ihren bewaffneten Grenzen enden lassen wollen.

## **2. Wir können soziale Ungleichheit nicht mehr im nationalstaatlichen Rahmen begreifen**

Die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit in Alltag, Politik und Wissenschaft beruht auf einem Weltbild, das territoriale, politische, ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle Grenzen in eins setzt. Tatsächlich aber wird die Welt immer vernetzter. Die Zunahme von Verflechtungen und Interaktionen über nationale Grenzen hinweg erzwingt die Neuvermessung sozialer Ungleichheit.

Dieser Perspektivwechsel baut auf drei Einsichten auf:

- Soziale Klassen sind nur eine der historischen Formen von Ungleichheit.
- Der Nationalstaat ist nur einer der historischen Deutungsrahmen.
- Das »Ende der nationalen Klassengesellschaft« bedeutet nicht »das Ende der sozialen Ungleichheit«, ganz im Gegenteil: Es verschärft die Ungleichheit im nationalen wie transnationalen Raum.

Dem gerade entstehenden Nationalstaat gelang es, die Politik- und Herrschaftsinstitutionen zu entwickeln, mit denen sich die sozialen und kulturellen Schäden des modernen Industriekapitalismus begrenzen ließen. Das geschah innerhalb der territorialen Grenzen des Nationalstaats und war eine Art Ehe zwischen Herrschaft und Politik, die jetzt in einer Scheidung endet. Entsprechend wird die Herrschaft, verwandelt in diffuse Macht, teilweise in den Cyberspace, in Märkte und mobiles Kapital ausgelagert und teilweise sogar auf die Individuen abgewälzt, die die Risiken allein bewältigen müssen. Ausgerechnet die USA treten nun angesichts der Finanzkrise die Fahnenflucht in einen Staatssozialismus für Reiche an.

Wodurch wird in einer Welt, in der die nationalen Grenzen – zumindest für Kapital- und Informationsströme – durchlässig geworden sind, die Stellung im System sozialer Ungleichheit bestimmt? Interessanterweise wesentlich durch die Antwort auf genau diese Entgrenzung. An der Spitze der globalen Ungleichheitshierarchie stehen die »aktiven Transnationalisierer«. Sie verfügen über Ressourcen aller Art – Pässe, Bildungspatente, Sprachen, Geld, also kulturelles, soziales und ökonomisches Kapital. Zu ihnen gehören sehr verschiedene Gruppen: sicher die globalen Eliten, die nicht mehr nur in Kategorien nationaler Räume denken und handeln; aber auch große Teile der jüngeren Generation, die bewusst transnational leben, entsprechend mobil sind, internationale Bildungspatente erwerben, Freundschaftsnetzwerke knüpfen und auf diese Weise ihr »Beziehungskapital« vermehren; schließlich auch Migranten, die die Chancen der Globalisierung nutzen, zum Beispiel indem sie den Familienverband als soziale Ressource einsetzen. Auf der anderen Seite dieser neuen Spaltung steht die abstiegsängstliche globale Mitte, die Transnationalisierung passiv erleidet. Also die sehr heterogen zusammengesetzte Mehrheit derjenigen, die vor allem auch ihre materielle Existenz territorial gebunden definieren und angesichts der Bedrohung ihres Lebensstandards auf die Erneuerung territorialer Grenzen und nationaler Identität pochen, den Schutz des Staates einklagend. Die unsicheren Zeiten zeigen hier ihr neonationales Gesicht: Der Hass auf »die anderen«, auf Ausländer, Juden und Muslime wächst.

Ehrlich gesagt, was die abstürzende Mitte besänftigen soll – das Zwillingsargument: Globalisierung ist unser Schicksal, und Protektionismus ist kontraproduktiv –, tröstet, rettet niemanden. Der Wähler ist kein Masochist. Er wählt nicht die Partei, die seinen Abstieg verspricht. Ohne die Zustimmung der nationalen Mitte weltweit jedoch wird der Politik, die die internationale Integration wahren oder sogar ausbauen will, die Machtgrundlage entzogen.

## **3. Im Klimawandel verschmelzen soziale und natürliche Ungleichheit**

Der Klimawandel, der als menschengemacht und katastrophal gilt, ereignet sich in der Form einer neuartigen Synthese von Natur und Gesellschaft. Die politische Folge: Das Weltbild der

natürlichen Gleichheit aller Menschen wird verdrängt durch das Weltbild einer natürlichen, das heißt durch Naturkatastrophen erzeugten Ungleichheit der Menschen.

Die Befunde sind bekannt: Erderwärmung, schmelzende Polkappen, steigende Meeresspiegel, Versteppung, Zunahme der Wirbelstürme. Das alles wird meist als Naturkatastrophe verhandelt. Die Natur für sich aber ist nicht katastrophal. Die Katastrophenpotenziale spiegeln vielmehr die soziale Verwundbarkeit bestimmter Länder und Bevölkerungsgruppen durch die Folgen des Klimawandels wider.

Das Nationalstaatsprinzip, so habe ich argumentiert, ist nicht länger in der Lage, die Ungleichheiten des Klimawandels abzubilden. Was kann an die Stelle treten? Mein Vorschlag: das *Nebenfolgenprinzip*. Dieses besagt: Die Grundeinheit natürlich-sozialer Ungleichheit bilden Personen, Bevölkerungen, Regionen, die über nationalstaatliche Grenzen hinweg durch die Nebenfolgen von Entscheidungen anderer existenziell betroffen sind. Das Nichtwahrhabenwollen der Umwelt- als Innenweltgefahren findet sich am häufigsten dort, wo die Menschen keine Möglichkeit des Entkommens haben. Entsprechend werden die Risiken dahin abgewälzt, wo sie nicht wahrgenommen werden. Die Akzeptanz in diesen Ländern ist nicht gleichzusetzen mit dem Einverständnis der Menschen dort, eher mit Stummheit und Sprachlosigkeit, die sich aus der Not nähren.

Globale Umweltgefahren setzen genau dies voraus und in Gang: Risikoerzeugung und Risikobetroffenheit werden räumlich und zeitlich entkoppelt. Was eine Bevölkerung an Katastrophenpotenzial in Gang setzt, trifft »andere«: die Menschen in fremden Gesellschaften und zukünftige Generationen. Entsprechend gilt: Wer die Entscheidung trifft, Gefährdungen anderer auszulösen, kann dafür nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden. Es entsteht eine organisierte Unverantwortlichkeit. Die Ärmsten der Armen leben im Sahel am Abgrund, und der Klimawandel stößt sie, die am wenigsten dazu beigetragen haben, in den Abgrund. Nach allen geltenden Maßstäben ist das ein schreiendes Unrecht. Zugleich aber erscheint dies als »Naturkatastrophe«: Ausbleiben des Regens. Was hat das zu bedeuten? Inwieweit wird soziale Ungleichheit verwandelt in natürliche Ungleichheit?

Indem die am härtesten Betroffenen sich durch die »Natürlichkeit« ihrer katastrophalen Lage auf sich selbst zurückgeworfen sehen, akzeptieren sie diese. Der Überlebenskampf vereinzelt. Wurde die Legitimationsgrundlage globaler Ungleichheit durch die Ausbreitung der Gleichheitsnorm erschüttert, so wird sie jetzt wiederum neu befestigt: Unter dem Eindruck der gesellschaftlich erzeugten »Natur-«Katastrophe wird die Natur selbst Legitimationsgrundlage.

Wer die bisherigen Argumente zusammendenkt, stößt auf ein Paradox: Je mehr Gleichheitsnormen global an Geltung gewinnen, desto unlösbarer wird das Klimaproblem und desto verheerender werden die sozialökologischen Ungleichheiten der Nebenfolgen. Keine rosige Aussicht.

#### **4. Klimawandel ist hierarchisch und demokratisch**

Klimawandel verschärft vorhandene Ungleichheiten von Armen und Reichen, Zentrum und Peripherie – aber hebt diese zugleich auch auf! Je größer die Gefahr für den Planeten, desto geringer die Möglichkeit selbst der Reichsten und Mächtigsten, ihr zu entkommen. Klimawandel ist beides: hierarchisch und demokratisch.

Das beinhaltet auch einen neuen Aufklärungsanspruch. Der Klimawandel setzt ein »kosmopolitisches Moment« frei: Globale Risiken konfrontieren mit den scheinbar fernen anderen. Sie reißen nationale Grenzen nieder und mischen das Einheimische mit dem Fremden. Der entfernte andere wird zum inneren anderen – nicht als Folge von Migration, vielmehr als Folge von globalen Risiken. Der Alltag wird kosmopolitisch: Menschen müssen

ihr Leben führen und verstehen im Austausch mit anderen und nicht länger in der Begegnung mit ihresgleichen.

Der gängige, eingängige naive Katastrophenrealismus irrt. Denn diese Unterscheidung ist wichtig: Klimarisiken sind nicht gleichbedeutend mit Klimakatastrophen. Klimarisiken sind die Antizipation zukünftiger Katastrophen in der Gegenwart. Und schon die Antizipation des Klimawandels setzt einen grundlegenden Wandel hier und heute in Gang. Seitdem als unstrittig gilt, dass der Klimawandel menschengemacht ist und katastrophale Folgen für Natur und Gesellschaft hat, werden die Karten in Gesellschaft und Politik neu gemischt, und dies weltweit. Deshalb ist es völlig falsch, den Klimawandel als unumkehrbaren Weg in die Apokalypse zu sehen. Klimawandel eröffnet unverhofft auch die Chance, die nationalstaatlichen Borniertheiten der Politik zu überwinden und gerade auch im nationalen Interesse einen kosmopolitischen Realismus zu entwickeln. Klimawandel ist beides. Er ist Ambivalenz pur.

Die Menschheit könnte dem Irrtum der Raupe erliegen. Diese Menschheitsraupe befindet sich im Stadium der Entpuppung, aber beklagt ihr Verschwinden, weil sie den Schmetterling, zu dem sie wird, noch nicht ahnt. Umgekehrt könnte es allerdings geschehen, dass wir uns allzu sehr auf die viel zitierte Hölderlinsche Hoffnung verlassen: Mit der Gefahr wächst das Rettende auch. Dann würde der Anstrengung, die notwendig ist, um ein Schmetterling zu werden, der Antrieb entzogen.

*Der Text ist eine gekürzte Version des Eröffnungsvortrages des diesjährigen Soziologietags in Jena. Die ausführliche Fassung erscheint in diesen Tagen unter dem Titel »Die Neuvermessung der Ungleichheit unter den Menschen« im Suhrkamp Verlag*

**DIE ZEIT, 09.10.2008 Nr. 42**